Die neuesten BGH-Entscheidungen zum Finanzierungsleasing – Konsequenzen für die Praxis


I. Die BGH-Entscheidung vom 3. 7. 1985 – VIII ZR 102/84

1. Die Haftung des Leasinggebers für den Lieferanten


1.1 Die „typische“ Vertragsabschlußphase


3) Hierzu insbesondere Baur, BB 1981, 2038; Tacke, DB 1983, Beilage 28 m. w. N.
5) Graf v. Westphalen (Fußn. 4), Rz. 34.
7) BGH ZIP 1981, 1215, 1216.


1.2 Der – untypische – Tatbestand der BGH-Entscheidung


Das haftungsbegründende Verschulden der Lieferanten des Leasingguts bestand nunmehr darin, daß der zwischen dem Leasingnehmer und dem Leasinggeber abgeschlossene Leasingvertrag die Vereinbarung des „qualifizierten Rücktrittsrechts“ nicht enthielt. Der Leasingvertrag ließ also nicht erkennen, daß zwischen dem Abschluß des Hardware-Vertrages einerseits und der Lösung der betriebsspezifischen Software-Probleme andererseits ein unternarbener Zusammenhang bestehen sollte. Unter dieser Prämissen rechtfertigt sich dann der Leitsatz der BGH-Entscheidung:

„Führt der Lieferant einer Leasingseite mit Wissen und Willen des (Finanzierungs-)Leasinggebers Vorverhandlungen mit dem Leasingnehmer über den Abschluß des Leasingvertrages, so haftet der Leasinggeber nach § 278 BGB, wenn der Lieferant schuldhaft den Leasingvertrag betreffende Aufklärungs- oder Hinweispflichten gegenüber dem Leasingnehmer verletzt.“ 10)

1.3 Konsequenzen

1.3.1 Keine Differenzierung zwischen Händler- und Finanzierungsleasing?


Der BGH 14) hat – jedenfalls bezogen auf § 278 BGB – die Differenzierung zwischen Händler- und Finanzierungsleasing verworfen, weil eine solche Abgrenzung zum einen zu „keiner befriedigenden Lösung“ führt, zum anderen aber würde eine „generalisierend abstrakte Abgrenzung der Leasingvertragstypen praktisch kaum überwindbare Schwierigkeiten mit sich bringen, weil es an brauchbaren Kriterien dafür fehlt, wann angesichts der vielfältigen Vertragsgestaltungen kein „reines“ Finanzierungsleasing, sondern ein Händlerleasing anzunehmen ist“.


12) BGH ZlP 1985, 935 – WM 1985, 906; Graf v. Westphalen (Fußn. 4), Rz. 133.
13) Graf v. Westphalen (Fußn. 4), Rz. 134.
15) Hierzu Graf v. Westphalen (Fußn. 4), Rz. 35 ff.
16) Der BGH (ZlP 1985, 935, 938) vermeintes Erachtens bei seiner Kritik, daß Finanzierungs-Pfändung und Händlerleasing nicht ohne weiteres unterscheidbar sind, daß auch die anderenorts entwickelte Differenzierung stets auf die Umstände des Einzelfalles als letztinstanzliches Kontrollkriterium abgestellt hat, hierzu im einzelnen Graf v. Westphalen (Fußn. 4), Rz. 31 ff.


1.3.3 Die „Übermittlungsgefahr“ im Verhältnis Lieferant – Leasinggeber


Man wird diesen Gedanken jedoch auch auf andere Fälle erstrecken müssen: Gerade weil der Leasinggeber – und dies entspricht üblicher Vertragspraxis – die Vorverhandlungen mit dem Leasingnehmer dem Lieferanten überläßt, trägt der Lieferant die „Übermittlungsgefahr“. Er ist verpflichtet, dem Leasinggeber uneingeschränkt und wahrheitsgemäß Aufklärung über alle kommerziellen und technischen Details zu geben, die das Leasinggut und dessen Verwendungszweck betreffen. Dies gilt unter Berücksichtigung der gewillkürten Schriftform auch insoweit, als mündlich getroffene Vereinbarungen zwischen Liefe-

\footnotesize
17) Flame, DB 1972, 1, 2.
18) Hierzu Graf o. Westphalen (Fußn. 4), Rz. 26.
22) BGH Zph 1985, 935, 938 f = WM 1985, 906, 909.
24) Es entspricht weiter verbreiteter Praxis, daß Leasinggeber, die mehr oder weniger eng mit Händlern/Herstellern zusammenarbeiten, diesen die jeweils gültigen Leasing-Zinssätze zur Kenntnis geben.
25) Anderer Meinung Graf o. Westphalen (Fußn. 4), Rz. 26 – jedoch mit der Relativierung, die sich aus Rz. 32 ergibt.
30) Graf o. Westphalen (Fußn. 4), Rz. 143.
31) BGH Zph 1985, 935, 938 f = WM 1985, 906, 908 f.

1.3.4 Zwischenergebnis


2. Verbot der Haftungsfreizeichnung


Das Seriositätsrisiko des Lieferanten trägt eben der Leasinggeber, weil er diesem ist die Konsequenz der Anwendung des § 278 BGB – „näher daran“ ist.

II. Die BGH-Entscheidung vom 24.4.1985 – VIII ZR 65/84 37)

Quintessenz dieser Entscheidung ist: § 11 Nr. 10 a AGB ist auf Leasingverträge nicht anwendbar – ein Ergebnis, das in der Literatur lebhaft begrüßt wurde 38). Indessen ist zu fragen, ob dazu wirklich Anlaß besteht, ob nicht vielmehr die praktischen Konsequenzen dieser Entscheidung wesentlich nachteiliger sind als die Berücksichtigung der subsidiären Eigenhaftung des Leasinggebers gem. § 11 Nr. 10 a AGB.

1. Die Argumentation des BGH


33) Graf v. Westphalen (Fußn. 4), Rz. 135.
35) BGH ZIP 1984, 457 = WM 1984, 477; BGH ZIP 1984, 1098 = WM 1984, 1053; BGH ZIP 1985, 687, jeweils m. w. N.
37) BGH ZIP 1985, 682 = EWR § 11 Nr. 10 AGB 1/85, 239 (Henssen).
38) Ziegeler, BB 1985, 1087, 1091 f.
39) BGH ZIP 1985, 682, 685.
41) Hierzu auch Graf v. Westphalen (Fußn. 4), Rz. 156 ff – bezogen auch auf die besonders schwierige Problematik von § 2 AGB.
42) BGH ZIP 1985, 682, 685.
43) BGH ZIP 1985, 682, 686.
44) BGH ZIP 1985, 682, 686.
§ 11 Nr. 10 AGBG: Der Kontrolle des § 11 Nr. 10 AGBG sind nämlich nach dem übereinstimmenden Willen von Leasinggeber und Leasingnehmer ausschließlich die Gewährleistungsbestimmungen unterworfen, die im Rahmen der „Abtretungskonstruktion“ bzw. der „Ermächtigungskonstruktion“ dem Leasingnehmer anstelle der mietvertraglichen Eigenhaftung des Leasinggebers zur Verfügung stehen.45)


Sicherlich, die Argumentationskette des BGH trifft auf gewöhnliche Gebrauchsauslieferungsverträge zu, soweit diese keine gewährleistungspezifischen, an § 11 Nr. 10 a-f AGBG ausgerichteten Gewährleistungsanweisungen enthalten.47) Doch für Leasingverträge ist sie nicht überzeugend, weil diese unter Verdrängung der mietvertraglichen Eigenhaftung des Leasinggebers gewährleistungspezifisch aufgebaut und insoweit an den Tatbeständen von § 11 Nr. 10 a-f AGBG orientiert sind.

2. Praktische Konsequenzen

2.1 Aus der Sicht des Leasingnehmers


45) Im einzelnen auch Graf v. Westphalen (Fußn. 4), Rs. 401 fff.
46) Graf v. Westphalen (Fußn. 4), Rs. 405.
47) BGH ZIP 1985, 682, 686.
48) So insbesondere noch BGH ZIP 1985, 868, 871.
50) Im einzelnen auch Lütte/Graf v. Westphalen/Trenkner, AGBG, 2 Aufl., § 11 Nr. 10 a Rs. 1 ff m. w. N.
52) BGH ZIP 1981, 1215, 1217.
55) Lütte/Graf v. Westphalen/Trenkner (Fußn. 50), § 11 Nr. 10 a Rs. 1 ff m. w. N.
56) Vgl. Palandt/Heinrichs, BGB, 44. Aufl., § 10 AGBG Anm. 1 b bb.
57) Statt aller Palandt/Heinrichs (Fußn. 56), § 9 AGBG Anm. 7 m. w. N.

2.2 Aus der Sicht des Leasinggebers


III. Die BGH-Entscheidung vom 12.6.1985 – VIII ZR 148/84 \(64\)

Ungeheuer detailliert hat der BGH seine Auffassung erneut \(65\) auseinandergenommen, in welcher Weise der Leasinggeber bei fristloser Kündigung des Leasingvertrages berechtigt ist, Schadensersatzansprüche wegen Nichterfüllung geltend zu machen. Die Deduktionen des BGH verdienen jedoch nicht in allen Punkten Zustimmung, und es steht zu befürchten, daß die möglicherweise erhoffte Bereinigung kontroverser Fragen nicht eingetreten ist.

1. Neue Tendenzen

Die BGH-Entscheidung vom 12.6.1985 – VIII ZR 148/84 – \(66\) enthält eine dezidierte Abweichung von der Begründung in der BGH-Entscheidung vom 31.3.1982 \(67\), was sich aus folgenden Ableitungen erkennen läßt:

1.1 Der Grundgedanke der Vollamortisation


Von diesem Ausgangspunkt her ist es uneingeschränkt zu begrüßen, daß der BGH seine frühere Judikatur \(74\) ausdrücklich aufgegeben hat, wonach der Leasinggeber – bei vorzeitiger Bean-
digung eines „kündbaren“ Teilamortisationsvertrages – ver-
pflichtet ist, „einen Teil der Gesamtkosten, einschließlich seiner Gewinnerwartung“, selbst zu tragen [75]. Zu diesem Ergebnis war der BGH aufgrund ergänzender Vertragsauslegung gelangt, weil die zivilrechtliche Ausgestaltung des „kündbaren“ Teilamortis-
tionsvertrages – Koppelung eines dem Leasingnehmer zustehenden Kündigungsrechts bei gleichzeitiger Verpflichtung, eine Abschlußzahlung in Höhe der Restamortisation zu zahlen – wegen Verstoßes gegen § 9 bzw. § 10 Nr. 7 a AGBG unwirksam war. [76] Nunmehr gilt: Erfüllungsinteresse und Nichterfüllungs-
 schaden decken einander; dieser allgemein gültige Satz ist jetzt für den Bereich des Leasing ausdrücklich bestätigt. [77]

1.2 Der steuerrechtliche Ausgangspunkt
Anerkennenswert ist des weiteren, daß der BGH – erstmals – be-
stätigt, daß der „steuerrechtliche Gesichtspunkt“ des Voll-
der und des Teilamortisationserlasses „maßgeblich das Wesen des Finan-
zierungsleasingvertrages“ [78] bestimmt. In der Sache bedeutet dies: leistetypisch ist nur eine solche Vertragskonstruktion, die den Tatbestandselementen des Vollamortisations- und des Teilamortisationserlasses entspricht. Deshalb darf eine ergän-
zende Vertragsauslegung – Unwirksamkeit der Vertragsgestal-
tung vorausgesetzt – auch nur zu solchen Ergebnissen führen, die erlaubt sind. Dies setzt voraus und schließt ein, daß der Leasinggeber rechtlicher und wirtschaftlicher Eigentümer des Leasingguts ist. [79]

2. Die Anrechnung des Verwertungserlöses
So begrüßenswert die vorstehenden Klarstellungen, insbeson-
dere im Hinblick auf die zivilrechtliche Konkretisierung zu den
den steuerlichen Gegebenheiten des Vollamortisations- und des Teil-
amortisationserlasse sind, so wenig vermögen die Erwägungen zu befriedigen, die der BGH in bezug auf die Anrechnung des Verwertungserlöses – ganz generell und losgelöst von dem zu entscheidenden Fall – anstellt.

2.1 Die erlaubtigere – Vertragsgestaltung
Nachdrücklich muß unterstrichen werden, weil der BGH diesen Gesichtspunkt nicht voll reflektiert: die Gestaltung des Teil-
Leasingraten als Betriebsausgaben sofort abzusetzen. [81]
Denn der Teilamortisationserlaß vom 22.12.1975 [82] enthält kei-
ne abschließende Regelung, sondern ermöglicht unter Berück-
sichtigung von § 39 AO eine davon abweichende Vertragsgestal-
tung. Indessen: es ist erlaubtigere, daß der Verwertungserlös bei
einen „kündbaren“ Teilamortisationsvertrag lediglich zu 75 %
auf die Abschlußzahlung in Anrechnung gebracht wird. Es ist erlaubtigere, daß – im Falle des Abschlusses eines neuen, gleich-
wertigen Leasingvertrages – 100 % des Verwertungserlöses dem
Leasingnehmer zugute kommen. In gleicher Weise ist es erlaub-
tigere, bei Abschluß eines neuen, gleichwertigen Mietvertrages
dem Leasingnehmer dann einen Bonus zuzugestehen, sofern
der Verwertungserlös die noch ausstehende Restamortisation
in, daß dem Leasinggeber die Chance der Wertsteigerung aus-
Schlußzahlung zusteht; ihm verbleibt folglich „in vollem Umfang“ [84] der Differenzbetrag zwischen Gesamtkosten des Leasinggebers und der Summe aus 90 % des anrechnungspflichtigen Verwertungserlöses und den gezahlten Leasingraten. Demgegenüber sieht der BGH eine „nicht erlaubten Regelung“ [85] darin, daß die Abschlußzahlung im vorliegenden Leasingvertrag auf
den „Anschaffungswert des Leasingobjektes“, nicht aber auf die „Ge-
samtkosten des Leasinggebers“ bezogen war. Diese Distinktion
ist nicht ohne weiteres nachvollziehbar, sofern man – dem übli-
cn Sprachgebrauch entsprechend – unter „Anschaffungswert“
die gesamten Herstellungskosten des Leasinggebers, ein-
schließlich aller Nebenkosten und Finanzierungskosten, sieht.

2.2 Die Tatbestandselemente des Teilamortisationserlasses vom 22.12.1975 [86]
Daß der BGH im vorliegenden Fall die erlaubten Vertragsge-
staltung nicht analysierte, hat unmittelbare Folgen, weil dadurch
 die schadensersatzspezifische – Anrechnung des Verwertungs-
erlöses des Leasingguts undifferenziert behandelt wird, wenn-
gleich sie im tatsächlichen Resultat für den Sonderfall des
der „kündbaren“ Teilamortisationsvertrag im Ergebnis zutreffend
ist.

2.2.1 Die Differenzierungsmerkmale des Teilamortisationserlasses
Gerade weil der BGH – insoweit durchaus zutreffend – davon
ausgeht, daß zwischen der zivilrechtlichen Gestaltung und den
der steuerrechtlichen Prämisse des Vollamortisations- und des Teil-
amortisationserlasses Konkretisierung bestehen muß, ist es bedeu-
derlich, daß er die Differenzierungsmerkmale des Teilamortis-
tionserlasses vom 22.12.1975 [87] ignoriert:

Ausgangspunkt und bleibt: der im Leasinggut verkörperte Vermögenswert steht uneingeschränkt dem Leasinggeber als recht-
lichem und wirtschaftlichem Eigentümer zu. Dem Leasing-
geber, nicht aber dem Leasingnehmer, gebührt deshalb auch der
Verkehrswert/Zeitwert, wie er im Leasinggut – nach ordnungsges-
"-maßiger Beendigung des Leasingvertrages – deswegen verkörpert
ist, weil die Dauer des Leasingvertrages – erlaubtigere Ver-
tragsgestaltung vorausgesetzt – maximal auf 90 % der betriebsge-

76) BGH ZIP 1982, 700.
77) BGH ZIP 1985, 868.
78) BGH ZIP 1985, 868, 872.
79) Vgl. auch neuesten Spitzer, Leasing für die Praxis, 2. Aufl., S. 68 ff m. w. N.
80) BGH ZIP 1985, 868.
81) Hierzu auch Spitzer (Fußn. 79), S. 90.
85) BGH ZIP 1985, 868, 871.


2.2.2 Partizipation des Leasingnehmers am Verwertungserlös zu 90%?

Der Irrtum des BGH, dessen zivilrechtliche Konsequenzen noch dargestellt sind, erweist sich in folgenden Stellen:


91) BGH ZIP 1985, 868, 873 f.
92) BGH ZIP 1985, 868, 873 f.
erlös zu, nicht aber, wie der BGH meint, lediglich 10%. Dies wird unmittelbar einsichtlich, wenn man bedenkt, daß ein Vollamortisationsvertrag mit Kaufoption des Leasingnehmers vorgesehen ist, die sich – bezogen auf den „Zeitpunkt der Veräußerung“ 94) – an dem „niedrigeren gemeinen Wert“, nicht aber an der Rest-AfA ausrichtet.


2.2.3 Zwischenenergiebund

Gleichwohl – und dies mag überraschend sein –: das vom BGH letzten Endes für die Berechnung eines Nichterfüllungsschadens gefundene Ergebnis ist zutreffend. Beim „kündbaren“ Teilamortisationsvertrag mit Abschlußzahlung des Leasingnehmers werden aufgrund des Erlasses vom 22.12.1975 97) – das ist eine Besonderheit – 90% des Verwertungserlöses auf die abgezinsste – Abschlußzahlung angerechnet; die Abschlußzahlung ihrerseits ist folglich, wie der BGH zutreffend feststellt, „Ausgleichsleistung” 98) für die Differenz zwischen den Gesamtka-


3. Konkrete Schadensberechnung


3.1 Vertragsgestaltung

Zwar hat der BGH 102) festgestellt, daß die „Vollamortisation der vom Leasinggeber aufgewandten Gesamtkosten – kalkulierten Gewinn inbegriffen – für den kündbaren Teilamortisationsvertrag leasingtypisch und damit vertragsimmanent“ ist, doch sollte gerade dies Ansporn sein, künftig eine zivilrechtlich wirksame

95) Vgl. die Schadensersatzberechnung in BGH ZIP 1985, 682, 686f, obwohl aus dem mitgeteilten Sachverhalt nicht deutlich wird, ob es sich um einen „kündbaren“ Teilamortisationsvertrag handelt.
98) BGH ZIP 1985, 868, 874.
99) Änderer Meinung Gerth/Panner, BB 1984, 813; im einzelnen Graf u. Westphal (Falisn. 4), Rz. 532 m. w. N.
100) BGH ZIP 1982, 700.
102) BGH ZIP 1985, 868, 873.
101 a) Vgl. hierzu auch Bernstein, Auswirkungen der neuen höchstrichterlichen Rechtsprechung auf die Vertragsgestaltung des Mobiliar-Finanzierungsleasingvertrags, DB 1985, 1877.
Vertragsgestaltung zu wählen. Diese muß zwei generelle Gesichtspunkte berücksichtigen:


3.2 Das Abzinsungserfordernis


IV. Gesamtergebnis


103) BGH ZIP 1985, 868, 874.
104) BGH ZIP 1985, 868, 874.
105) OLG Hamm EWIR § 535 BGB 1/85, 143 (Graf v. Westphalen).
106) BGH ZIP 1985, 868, 871.
107) Hierzu im einzelnen Graf v. Westphalen (Fußn. 4), Rz. 112 ff.
108) BGH ZIP 1985, 868, 873.
109) BGH ZIP 1985, 868, 873.
110) OLG Hamm EWIR § 535 BGB 2/85, 145 (Graf v. Westphalen).
112) BGH BB 1984, 1641, 1642.
114) Graf v. Westphalen (Fußn. 4), Rz. 537.